



**Hanns
Seidel
Stiftung**

**Institut für
Internationale Begegnung
und Zusammenarbeit**

**Projektland: Zentralamerika:
El Salvador-Honduras-
Guatemala**

Quartal/Jahr: April bis Juni 2010

“In Mittelamerika hat jedes Land seine eigenen Probleme”

- ✓ **El Salvador:** Regierung Funes – FMLN in fragilem Gleichgewicht
- ✓ **Honduras:** Auswärtige Beziehungen: Noch ein schwerer Weg
- ✓ **Guatemala:** Die Aktivitäten der Parteiwerbung im Blickpunkt

Regierung Funes - FMLN in fragilem Gleichgewicht

Die salvadorianische Legislative ist derzeit ein brodelnder Topf, an dem viele Köche kochen: Verordnungen, die nach langen Verhandlungen zwischen den Fraktionen verabschiedet wurden, kehren mit dem Veto des Präsidenten wieder in die Gesetzgebende Versammlung zurück, woraufhin sie von denselben Parteien, die sie unterstützten, erneut verabschiedet werden. Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional), und ihr Präsident Mauricio Funes, prallen täglich mit ihren Initiativen aufeinander und nähern sich dank Ihrer Unstimmigkeiten langsam an den Punkt des “no return”.. Konjunkturbedingt handeln die Fraktionen der Rechten nicht mehr als Opposition, sondern als Bündnispartner von Funes. Aus all diesen Aspekten haben sich relevante Maßnahmen wie z.B. ein Steuerabkommen, eine Bildungsreform und eine Gesetzesnovelle in der Sicherheitspolitik ergeben.

Medardo González, der nationale Führer der FMLN, halt sich zurück wenn es an der Zeit ist, offen die Entscheidungen eines Präsidenten zu kritisieren, der seine Partei bis zur Machtübernahme begleitet hat. Er unterlässt es jedoch nicht darauf hinzuweisen, dass das historische Gedankengut der FMLN in dieser Legislaturperiode nicht umgesetzt werden wird. Die Regierung FUNES sei lediglich ein erster Schritt auf dem Weg, wirklich Regierung zu werden. So sei man bestrebt, den Präsident des Landes in ein aktives Parteimitglied zu verwandeln und nicht nur ein angeworbenes Mitglied. Dies soll bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen erreicht werden.

Die Tatsachen sprechen für sich. Seit die FMLN-Fraktion ihre gesetzgebende Arbeit als Regierungspartei aufgenommen hat, gab es fast wöchentlich Unstimmigkeiten mit der Präsidentschaftsresidenz. Und dies, obwohl die Regierung Funes - FMLN klar die politischen Bereiche aufgeteilt hat und dabei die Themen Wirtschaft, Steuern oder Energie den

Fachleuten in der Nähe des Präsidenten überließ und lediglich Ressorts wie Gesundheit, Bildung oder Landwirtschaft in die Hände aktiver Parteimitglieder der FMLN legte.

Erste Widersprüche ergaben sich bereits vor dem Wahlsieg, und zwar als sich Vizepräsident Salvador Sánchez Cerén auf den Kurs des Internationalen Sozialismus einschoss. Funes machte deutlich, dass es unter seiner Präsidentschaft nicht dazu kommen wird, dass El Salvador sich dem ALBA Pakt, anschließen werde.

Kürzlich wurde eines der letzten Kapitel der Unstimmigkeiten zwischen der Regierungspartei und Funes zum Thema Durcheinander in der Legislative geschrieben. Die FMLN Fraktion schlug die Abschaffung einer Telefongrundgebühr vor, eine Verordnung, für deren Verabschiedung eine ausreichende Mehrheit der Abgeordneten stimmte. Darunter befand sich auch die Große Allianz für die Nationale Einheit (GANNA), eine vor kurzem gegründete Partei, die sich von der Partei Nationalistische Republikanische Allianz (ARENA) abgespalten hatte. Funes wies die Initiative jedoch mit einem Präsidentschaftsveto zurück und äußerte dabei heftige Kritik an der FMLN, indem er sie als populistisch und verantwortungslos bezeichnete.

In den ersten Monaten der neuen Regierung wurden diese Widersprüche durch Flexibilität auf beiden Seiten aufgelöst. Als die neue Rechtspartei "GANNA" in die parlamentarische Bühne betrat, wurde dies als begünstigend für die salvadorianische Linke interpretiert, da es kurz darauf zu einem Bruch in der ersten Oppositionspartei, ARENA kam. Allerdings hatten die Bündnisse, welche die neue Fraktion aufbaute, nur zum Ergebnis dass die Verhandlungen in weite Ferne rücken, da GANNA noch keine klar definierte parlamentarische Tagesordnung hat und sich bei Abstimmungen an den improvisierten Verhandlungen orientiert. Bei einigen Anlässen verbündet sie sich mit den übrigen Rechtsparteien und bei anderer Gelegenheit schließt sie Bündnisse mit der Linken, die durch die FMLN und einen Abgeordneten des Demokratischen Wandels (CD) vertreten wird.

Die Steuerreform wurde zum Beispiel dank ihrer Stimmen verabschiedet, ebenso wie die Darlehensaufnahme bei internationalen Organisationen, die während dieser Regierungsperiode El Salvador zugesprochen wurden.

Einige Analytiker zeigen die Möglichkeit eines endgültigen Bruchs zwischen dem Präsidenten und der Partei auf, die ihn an die Macht brachte. Ferner wird vermutet, dass die FMLN sich in eine Oppositionspartei innerhalb ihrer eigenen Regierung verwandeln könne. Für die FMLN ist es von Vorteil mit Funes zu regieren: Ein endgültiger Bruch wäre eine Katastrophe für die Linke und der Präsident sähe sich gezwungen, mit der Rechten ein Bündnis einzugehen.

Die letzte Gesetzesinitiative der FMLN, die dank der Stimmen der GANNA zustande kam, war die Gesetzesnovelle in Bezug auf die Gesetzesgrundlage für das nationale Personenverzeichnis. Mit dieser Reform wurde dem Präsidenten des nationalen Personenverzeichnisses die Verantwortung genommen, den Obersten Wahlhof (TSE) abzuwählen um ihn dem Wahlgewinner, der FMLN, zu übergeben, Das Register RNPN ist die Datenbank, aus der die Wählerlisten gebildet werden und ist daher von großem Interesse - sowohl für die Abgeordneten als auch für den Präsidenten der Republik. Dessen ungeachtet, sprach die GANNA-Fraktion einige Tage später mit Funes, änderte ihre Meinung und nahm damit der FMLN die Möglichkeit, das Verzeichnis unter seiner Aufsicht zu haben.

Parteimitglieder der FMLN begannen hingegen, Funes nicht nur als Bündnispartner der Rechten anzusehen, sondern ihm darüber hinaus vorzuwerfen, die Politik des ehemaligen Präsidenten Saca fortzuführen. Einerseits wurden durchaus einige Pläne der vorherigen Regierung fortgeführt oder sogar erweitert, wie zum Beispiel das Unterstützungsprogramm

für das solidarische Netzwerk für ländliche Gebiete, das mittlerweile auch in städtischen Bezirken funktioniert oder das Gesundheitssystem Fosalud. Andererseits erfolgt die Durchführung des Plans für die öffentliche Sicherheit offensichtlich nicht im Sinne einer Prävention, wie sie von der Linken versprochen wurde, sondern eher der von ARENA verfolgten Linie.

Auswärtige Beziehungen: Noch ein schwerer Weg

Alles deutet darauf hin, dass die Normalisierung der außenpolitischen Beziehungen ein steiniger Pfad für die Regierung Porfirio Lobos werden wird. Die offene Opposition verschiedener lateinamerikanischer Regierungen gegen die Wiederaufnahme Honduras' in die wichtigsten regionalen Foren und Szenarien, verhindern die vollständige politische und diplomatische Anerkennung der demokratisch gewählten Regierung. Trotz aller Bemühungen der Länder, die ihn bereits anerkennen, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, beschert dies Lobo und seinem Kanzleramt eine heftige Auseinandersetzung, die die Diplomatie in ihrer gesamten Regierungsperiode mitzutragen hat.

Eines der am meist frustrierenden Szenarien der Regierung Lobo ist der Wiedereintritt in das System der zentralamerikanischen Integration (SICA). Die heftige Opposition des nicaraguanischen Amtsträgers Daniel Ortega rund um die erneute Zulassung Honduras, ist für Lobo zu einem störenden Stein im Schuh geworden. Honduras wurde von den mittelamerikanischen Ländern (ausgenommen Nicaragua) sowie der Dominikanischen Republik, Kolumbien, Peru, Kanada und den Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent und von Spanien anerkannt. Das Land versucht, mit den Regierungen dieser Länder die außenpolitischen Beziehungen zu normalisieren und zu festigen, um die Akzeptanz der Mehrheit der Nationen auf dem Kontinent zu erhalten und möglichst bald in die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) zurück zu kehren.

Das Gros der lateinamerikanischen Länder, welche die Regierung Porfirio Lobos nicht anerkennen, wird durch die Union der südamerikanischen Nationen (UNASUR) vertreten. Diese setzt sich aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Guyana, Ecuador, Paraguay, Perú, Surinam, Uruguay und Venezuela zusammen. Von diesen Ländern erkennen lediglich Kolumbien und Peru Honduras an. UNASUR ist de facto zu einem der härtesten Gegner in den verschiedenen Szenarien geworden, die Honduras aufsucht, um sich zu legitimieren, vor allem bei seinem Wiedereintritt in die Organisation amerikanischer Staaten (OAS). Kurzfristig gesehen ist sein Wiedereintritt fast unmöglich.

Die Macht der UNASUR-Gruppe wider den Bestrebungen der honduranischen Diplomatie um Anerkennung, war kürzlich im Rahmen einer Einladung zu beobachten. Lobo wurde vom spanischen Amtsträger José Luis Rodríguez Zapatero aufgefordert, am Gipfeltreffen der Europäischen Union - Lateinamerika teilzunehmen. Die mehrheitliche Gruppe der UNASUR Union hatte sich mit Vehemenz der Teilnahme von Honduras auf dieser Veranstaltung widersetzt und drohte mit dem Boykott von mindestens zehn lateinamerikanischen Präsidenten, falls Lobo auf dem Gipfel anwesend sein sollte. Angesichts dieses Drucks musste die spanische Regierung - ebenso wie die von Honduras - die Beteiligung in Frage stellen, was die Absage Honduras' zur Folge hatte.

Im Rahmen des Amtsantritts des wiedergewählten Präsidenten der OAS am 24. Mai. erklärte José Miguel Insulza, dass die Rückkehr Honduras zum multinationalen Organismus (???) Monate dauern würde. Unter den, von Insulza genannten Problemen sind unter anderem Zweifel an der Arbeit und den Ergebnissen der Wahrheitskommission. Ebenso wird die Tatsache genannt, dass es noch keine Entscheidung bezüglich der Rückkehr des gestürzten Amtsträgers Manuel Zelayas nach Honduras gibt.

In diesem Kontext hat Präsident Funes ein zentralamerikanisches Gipfeltreffen der Präsidenten angekündigt, um die Integration von Honduras in das SICA System zu behandeln. Dessen ungeachtet, wurde im Rahmen des SICA Treffens in Panama Stadt in den letzten Tagen im Juni parallel die Rückkehr von Honduras in die SICA beschlossen.

Die Regierung von Porfirio Lobo erreichte ein wichtiges diplomatisches Ziel in der XL Vollversammlung der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS), die in Lima, Peru stattfand: Der Konsens für die Integration und die Sendung einer hochrangigen Kommission, die Wege aufzeigen soll für die Rückkehr des Landes in die Organisation, scheint die seit einem Jahr verstellten Wege wieder freizuräumen.

Mitte Juni wurde besagte hochrangige Kommission der OAS, die evaluieren sollte ob Honduras die Bedingungen für eine Rückkehr in die regionale Organisation erfüllt, zusammengestellt. Ein inoffizielles Treffen in Washington stellt die erste Amtshandlung dar. Obwohl die Namen der Mitglieder unbekannt sind, hat der Generalsekretär der OAS, José Miguel Insulza, angegeben, dass sie jeweils von zwei Vertretern aus Südamerika, einem aus den USA, einem aus Kanada, einem weiteren aus der Karibik und zwei aus Zentralamerika besetzt werden wird.

Aktivitäten der Parteiwerbung Im Blickpunkt

Ein Jahr bevor der Oberste Wahlhof (TSE) offiziell zu den Wahlen Ende 2012 aufruft, können die Wellen nicht hoch genug schlagen. Einerseits intensiviert die Regierungspartei ihre Strategie, die Auswirkung ihrer Programme unter der Leitung des Rates für den sozialen Zusammenhalt sichtbar zu machen und ist bestrebt, die einzige Person, die zur Zeit ihre Option für die Fortführung der Regierung ist, vor jeglicher Kritik in Schutz zu nehmen: Sandra Torres, die "First Lady" der Nation und Leiterin des Rates für den sozialen Zusammenhalt.

Die Oppositionsparteien hingegen beginnen ihre Dinge voranzutreiben und starten mit Aktivitäten die deutlich darauf ausgerichtet sind, Terrain gegenüber den Oppositionellen zu gewinnen. Beobachter wie auch Analytiker warnen vor dem Risiko, dass die nächsten Wahlen in hohem Maß gewalttätig werden würden und von kriminellen Vereinigungen, welche die öffentlichen Kandidaturen beeinflussten, unterwandert würden. Zudem warnt man vor einer wirkungslosen Wahlkommission, deren Absicht, auf die Einhaltung der Spielregeln zu achten, übergangen werden könnte.

Laut öffentlicher Meinung und in politisch analysierenden Kreisen herrscht die allgemeine Auffassung, dass die Wahlkampagne noch nie zum Stillstand gekommen sei. Aktionen der Patriotischen Partei (PP) und anderer Parteien bestätigen, dass die Aktivitäten, um Terrain zu gewinnen, an Stärke zugenommen haben.

Derzeit genießt Otto Pérez Molina, Militärangehöriger und Politiker, die grösste Anerkennung als Oppositioneller der gegenwärtigen Regierung. Nachdem er die Präsidentschaftswahl Ende 2007 im zweiten Durchgang verloren hatte, konzentrierte er sich darauf, von der Parlamentsfraktion der Patriotischen Partei ausgehend eine solide Opposition voranzutreiben. Seitdem war es Strategie der PP-Partei, eine starke Erneuerung unter Einsatz der Medien anzukündigen, um Anhänger zu gewinnen.

Die sich aktuell im Aufbau befindliche Partei "Erneuerte Demokratische Freiheit" (Libertad Democrática Renovada) (LIDER), unter der Führung des aus der UNE Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Manuel Baldizón, ist bestrebt, für ihre Bewegung Kräfte hinzuzugewinnen, jedoch insbesondere die Eintragung der Bewegung als politische Partei zu erreichen.

Dessen ungeachtet, könnte die Vorwegnahme der Wahlkampagne schon vor einigen Monaten geschehen sein, nämlich, als die Partei "Vision con valores" (VIVA) unter der Führung des evangelischen Predigers und Unternehmers im Bildungsbereich, Harold Caballeros, ihre Kampagne zur Vorstellung der Partei mit stärkster Präsenz in Guatemala Stadt und den Vorstadtgemeinden eröffnete.

Tatsache ist, dass die Mehrheit der Parteien mit einer Institutionsgeschichte und Teilnahme an anderen Wahlprozessen weit von einer verfrühten Parteiwerbung entfernt sind, während sie ihr Bündnis mit der Regierungspartei und anderen führen. Dies ist der Fall bei der Unionistischen Partei (Partido Unionista, PU), die darauf wartet, demnächst ihre Vollversammlung abzuhalten, auf der Einzelheiten ihrer Wahlbeteiligung definiert werden sollen. Es wird darüber spekuliert, dass sie bestrebt ist, die Speerspitze für die Vereinigung verschiedener Parteien der Rechten zu werden mit dem Ziel, eine dritte Option mit Chancen einzubringen, in welcher der Kandidat weder ein Militärangehöriger noch die derzeitige "First Lady" sei. Ein weiterer Aktionsstrang der UNE besteht in der Konsolidierung ihrer Bündnisse.. Am bedeutsamsten ist dabei zweifellos das mit der Großen Nationalen Allianz GANA hergestellte Bündnis, dessen Besonderheit darin besteht, dass die Mitglieder des Exekutivkomitees gleichzeitig Abgeordnete und Parteisekretäre auf Departmentebene sind, womit man die Stärkung der Parteistruktur erreichen will. Tatsache ist, dass die Allianz von UNE-GANA es ermöglicht hat, eine größere Regierbarkeit und Unterstützung für ihre Initiativen im Kongress zu erreichen, während Letztere Schlüsselpositionen für ihre Mitglieder wie zum Beispiel in Regierungen oder Leitungsfunktionen in öffentlichen Institutionen verbuchen konnte.

Die unterschiedlichen Formen und Ressourcen, an die die politischen Organisationen appellierten um ihre Anliegen im Voraus zu behandeln sowie die Widersprüche des Wahlgremiums bei der Definition der Grenzen der besagten öffentlichen Aktivität, sind nur einige der Zeichen für die Schwäche des Systems der politischen Parteien.

Der wichtigste Grund für den Rückgriff auf diese Art von Strategien ist vielleicht, dass es im System keine stabilen Parteien gibt. Sie sind so strukturiert, dass sie an den Interessensgruppen ausgerichtet aufgebaut werden oder auf der Grundlage von lokalen Machtstrukturen ("Häuptlingspositionen") - Letztere mit längeren Überlebenschancen. Ein Beispiel dafür sind die verschiedenen Bürgermeister, die bis zu sechs Amtsperioden an der Macht waren, aber in der Mehrzahl der Fälle dabei von unterschiedlichen Parteien ins Amt gewählt wurden.

Mit solch einem Panorama und einem Wahlorganismus, dem es an gesetzlichen Instrumenten und Autorität mangelt, um den Prozess angemessen zu leiten, ist der künftige Wahlprozess der ideale Nährboden, in dem andere Interessensgruppen fruchtbaren Boden zur Durchsetzung ihrer Interessen finden - ohne dass diese notwendigerweise legitim wären, so wie im Fall des organisierten Verbrechens und den Drogenhändlern. Die Bedenken hinsichtlich eines von Gewalt gekennzeichneten Wahlprozesses werden mit zunehmender Stärke aus verschiedenen Zirkeln politischer Analyse geäußert. Das Umfeld scheint bereits vorgefasst zu sein. Der Wettlauf um die Nachfolge Coloms hat begonnen.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
 Autor: Ingrid Schläffke de Escobar, Projekt Zentralamerika
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –
 Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax:+49 (0)89 1258-359
 E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de